

man man als wäre an, auch erkennt es wohl, daß es das alte halbe Maßregel ist. Will man das deutsche Volk noch vor dem russischen Mächtyem „Alle Macht den Räten“ bewahren, so wird man ein Kiez, vernünftiges Mächtyem, das als zweite Kammer neben der Nationalversammlung folgt und in allen Fragen das Interesse des Proletariats verteidigt. Die Furcht, daß aus diesem Zweikammerystem sich eine Chinoch der Nationalversammlung ergebe läßt sich dadurch beheben, daß im Falle von unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten zwischen Nationalversammlung und Rätekommission das Referendum des gesamten Volkes entscheidet. Gewiß ist es nicht ausgeschlossen, daß die erste Rätekommission nicht zu den Unabhängigen neigen wird, aber auch das werden bald ruhige gemäßigte Elemente einzeln halten, wenn ein einmal Brot und Arbeit vorhanden sind. Ein Verstummen um die Rätekommission muß bei dem vorgeschrittenen Stand der Dinge verneint werden. Deshalb gewähre man sie, ehe die Einführung des russischen Mächtyems das Chaos herbeiführt.

In dieser Frage ist eine Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien möglich. Ob sich in den übrigen Fragen eine Einigung zu gemeinsamer Arbeit erzielen läßt, müssen die Verhandlungen ergeben, doch ist es anzunehmen, nachdem durch ein Nachgeben im Mächtyem eine Hauptforderung der Unabhängigen erfüllt war.

In eine Einigung aber unmöglich und wird dies dem Proletariat beweisen, so ist eine rein mehrheitssozialistische Regierung gerechtfertigt und wird auch von dem Proletariat anerkannt werden, wenn sie gleich die Frage des Mächtyems in oben angezeigtem Sinne verfassungsmäßig löst.

Welche Lösung man auch wählen mag, selbstverständlich ist, daß die derzeitige Nationalversammlung bestehen muß, solange der Frieden nicht abgeschlossen ist. Der Nationalität der bürgerlichen Parteien muß denselben folgen, daß sie das gewiß nicht dornige Regierungsdorn einer wie immer zusammengesetzten sozialistischen Regierung mit allen Mitteln unterdrücken muß, um Deutschland im Innern die Ruhe zu geben, und um den bisherigen Gegnern nicht ein weiteres Stückchen der Friedensverhandlungen mit der Begründung zu ermöglichen, daß man nur mit einer von den Vertretern des Volkes anerkannten Regierung zu verhandeln bereit sei.

Mit der Friede geschlossen und die Gefahr der Kommunismus wirklich gebannt, so mag die letzte Nationalversammlung aufgelöst werden, ebenso eine jetzt zusammentretende Rätekommission und das deutsche Volk seine Reichsvertretung auf Grund der neuen Verfassung wählen.

Die Ausführungen sind schon deshalb interessant, weil sie von einem Manne stammen, der genauen Einblick in die gegenwärtigen militärischen Machtverhältnisse hat und sie zu unterschätzen sicher nicht geneigt ist. Um so beachtenswerter ist, daß auch er erkennen muß, daß es so nicht weiter geht, daß auch diese Regierung nur immer tiefer ins Unglück hineinsteigt.

Dem „Vorwärts“ bleibt natürlich diese Erkenntnis verschlossen, dazu ist er mit der gegenwärtigen Regierung und der gräßlichen Politik der rechtssozialistischen Führer zu eng verbunden. Seine Antwort ist ein hilfloses Gestammel: einer solchen Regierung würden angeblich ein paar Stimmen zur Majorität in der Nationalversammlung fehlen und sie widerprüde deshalb der Demokratie.

Als ob diese Regierung, die sich nur noch auf die Gewalt und den Belagerungsstand stützt, wirklich die vollendete Demokratie wäre! Als ob wir verpflichtet wären, zu Grunde zu gehen, weil angeblich die formalen Geleße der Demokratie es verlangten, als ob schließlich Revolution schon Demokratie sein könnte und nicht vielmehr der Kampf zur Erringung des Zustandes, in dem Demokratie erst möglich würde!

Aber vor allem ist das alles ja gar nicht wahr! Die Ebert und Scheidemann haben ja von Anfang an die Macht den Bürgerlichen in die Hände gespielt, die ohne sie gar nicht insstande wären, die Macht zu behaupten. Das geht von selber, das ist heute noch die sozialdemokratische Partei braucht nur die Probe auf dem Feuer zu machen und die bürgerlichen Parteien vor die Wahl zu stellen, allein die Regierung zu übernehmen gegen die Opposition der gesamten Arbeiterklasse und die bürgerliche Machtlosigkeit würde sich sofort offenbaren! Nur die rechtssozialistischen Führer sichern heute die bürgerliche Herrschaft. Sie handeln schlimmer als einst die Millerand und Briand, die ihren Verrat wenigstens nicht in einer revolutionären Situation vollzogen, und ihre Anhänger, obwohl sie sehen müssen, daß ihre Partei dabei warunde acht, handeln schlimmer als die französischen Genossen, die jene bald aus der Partei ausschlossen.

In Wahrheit bleibe, wie auch Herr v. Sack einräumt, der Nationalversammlung gar nichts übrig, als der sozialistischen Regierung freie Hand zu geben und eine ewetliche, zirkellose sozialistische Politik würde in kurzer Zeit auch noch die schreiende Wählerzahl erziehen.

Nein, das Einzige Hindernis einer wirklich sozialistischen Regierung und der Vereinigung der gesamten Arbeiterklasse auf das Programm der Verwirklichung des Sozialismus ist heute die Politik der rechtssozialistischen Führer, ihr Vorkriegen, nein ihr Kapitulationen vor den bürgerlichen Parteien, das uns immer tiefer in's Verderben führt. Nur wenn die rechtssozialistischen Arbeiter endlich diese Führung zur Abdankung zwingen, nur dann kann der Sozialismus gerettet, erst dann die sozialistische Einigkeit verwirklicht werden.

Die Schuldfrage und die Schulden.

Gegenüber der Forderung des Genossen Kautsky, daß die Regierung die Aktien über die Schuld am Kriege veröffentlichen soll, erklärt die halbamtliche „Deutsche Wg. Ztg.“, sie könne mit Kautsky darin überein, daß die Veröffentlichung wünschenswert und notwendig sei; nur sei sie anderer Meinung wegen des Zeitpunktes, der zur Veröffentlichung zu wählen wäre. Einmal seien, so erklärt das Blatt, frank und frei, die Vorarbeiten für die Veröffentlichung noch gar nicht abgeschlossen. Dann aber entwickelt es langatmig eine Reihe anderer Gründe, die angeblich die Veröffentlichung als unzulässig erscheinen lassen. Aus allen diesen „Gründen“ geht als einzig wirklicher Grund nur der eine hervor, daß die Schuldigen des Weltkrieges, nämlich ihren Handlangern und Beschützern, die Veröffentlichung der Aktien nicht wollen. Alle anderen Argumente sind Sum-

me. Die ganze Arbeit an den Aktien soll, nach dem Willen dieser Leute, wie Genosse Kautsky sich ausdrückt, pour le roi de Prusse gemacht worden sein.

Die Befreiung der Pressefreiheit.

Erinnert man sich noch der Januarfrage, als alles Entschieden wurde über die Belegung der Zeitungen durch die Sozialisten? Die Regierung wies damals alle Vermittlungsversuche unserer Parteileitung unter dem Vorwand zurück, daß man gar nicht in Verhandlungen eintreten könne, solange die Pressefreiheit nicht wiederhergestellt sei, und obwohl feststand, daß alle Zeitungen bei Beendigung der Verhandlungen geräumt würden, zog die Regierung die Gewaltanwendung vor. Sie konnte nicht anders, denn heilig war ihr die Pressefreiheit.

Seit Monaten ist die „Rote Fahne“ in Berlin verboten und soll nach Heine auf immer verboten bleiben; über Sachen wurde der Belagerungsstand verhängt, vor allem deswegen, um das Erscheinen des kommunistischen Organes zu verhindern; in Stuttgart hat die Regierung die Maschinen in der Druckerei unserer Zeitung unbrauchbar machen lassen; in Braunschweig erschießt unser Organ mit großen weißen Kennzeichen, und in Berlin ist gestern die „Republik“ verboten worden.

Ohne Angabe von Gründen, so ohne jede schriftliche Begründung, Telephonatruf genügt. Und es sind dieselben Scheidemann und Landsberg und Noske, die zum Schutz der Pressefreiheit Kanonen aufziehen ließen! Es lebe die „vollendete Demokratie“!

Wir wissen, daß das Verbot auf das Betreiben der militärischen Stellen erfolgte, die heute die Politik bestimmen. Es sind dieselben Zustände wie während des Krieges, und damit diese Zustände erhalten bleiben, darf der Belagerungsstand nicht aufgehoben werden — nicht einmal für die erste Mäßeier nach der Revolution, nicht einmal für zwei Stunden. Am Gegenstand, nicht lange, und wir werden den Belagerungsstand in ganz Deutschland haben, und anders kann ja diese Regierung auch gar nicht regieren.

Wir wissen auch, daß die Militärs mit den bisher erzielten Erfolgen nicht zufrieden sind, und sie arbeiten mit allem Eifer daran, auch das Verbot der „Freiheit“ durchzuführen, wie uns das Generalkommando Wittwig selbst bestätigt hat. Dort wird mit großem Eifer Material gesammelt, um beim Reichswehrministerium das Verbot zu erreichen. Das strebt sich noch ein wenig, weil es denn doch die politischen Folgen schreit, aber die Offiziere gehen aufs Ganze und sind noch forlicher als Herr Noske. Und das will allerhand bedeuten.

So ist die „Republik“ nur das Versuchsobjekt. Man will die Zensurfreiheit allmählich daran gewöhnen, in der Unterdrückung jeder oppositionellen Betätigung durch den Belagerungsstand wieder den deutschen Normalzustand zu erblicken. Die Revolution ist gut genug, um sich vor dem Anstand damit zu brüsten, welche gewaltige politische und geistige Umwälzung sich vollzogen hat. Im Innern stabilisiert man nun so unangekündeter die Herrschaft des Militarismus.

Und die öffentliche Meinung? Nun, die gesamte Presse schwört es: es schweigt Noske, es schweigt Ulstein, es schweigt vor allem der „Vorwärts“! O, dieses unbezahlbare Schweigen! Der „Vorwärts“, der nicht auseraetern kann über Terrorismus, der sich vor Entzweiung nicht lassen kann, wenn die Pressefreiheit angetastet wird, er ist kein rubia und still. Noske beschließt, und alle alle schweigen. Eine Ausnahme gibt's, die die Regel bestätigt. Die „Berl. Volksztg.“ laßt zu dem Verbot:

Gerade weil es sich bei der „Republik“, die auf dem linken Flügel der U.S.P. steht, um ein Organ handelt, gegen das wir uns wiederholt mit Schärfe wenden mußten, müssen wir sagen, daß das Verbot ein Schlag ins Gesicht der Pressefreiheit ist. Kann der Reichswehrminister wirklich nicht ohne die Mittelchen des alten Militarismus auskommen? Belagerungsstand und Zensurverbot — das war die Weisheit der alten Militärbehörden. Herr Noske steht ganz unter ihrem Weisheit, und wir würden uns nicht wundern, wenn er unter ihrem Einfluß demnächst die deutsche Republik verbieten würde.

Dieser Protest ist nicht nur anständig, er ist auch nützlich. Denn er offenbart erst die ganze Schande des schweigenden „Vorwärts“.

Preussische Diktatur in Sachsen.

Ueber ganz Sachsen ist der Belagerungsstand verhängt. Unsere Genossen haben allerorts gegen diese Maßnahme protestiert, da in Sachsen absolut Ruhe und Ordnung herrscht und keinerlei Grund für diese drohende Maßnahme vorliegt. Nun verbreitet W. T. V. folgende Meldung:

Von auffälliger Stelle wird bekannt gegeben: Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit wird hiermit über das Gebiet des Preussischen Sachsen der Belagerungsstand verhängt. Mit der Durchführung der sich hieraus ergebenden Maßnahmen wird die sächsische Regierung beauftragt.

Berlin, 22. April 1919.

Der Reichspräsident: Ebert. Scheidemann.

Ebert und Scheidemann identifizieren sich mit dieser Verordnungsgebung über Sachsen auf. Sie verhängen über die Köpfe der sächsischen Bevölkerung hinweg den Belagerungsstand noch einmal, um einen Grund um gewalttätigen Eingreifen in Sachsen zu haben. Gegen diese Maßnahme, die selbst der „Täglichen Rundschau“ merkwürdig erscheint, muß auf das Schärfste protestiert werden.

Eine Abfuhr.

Der unglückliche Versuch des „Vorwärts“, die arbeitslose Wirtschaft des Reichs sich abzuwenden zu verweigern und unsere Genossen der Mühsal zu weihen, wird in einer Rundschreiben, die Gen. Guao Simon, der frühere unabhängige preussische Finanzminister, an den „Vorwärts“ richtet hat, folgendermaßen urteilt:

In Ihrer Post „Das eigene Werk“ ersuche ich Sie hierdurch förmlich um Aufnahme folgender Zeilen:

Als ich nach Antritt meines Amtes als Preussischer Finanzminister habe ich mich, nachdem ich mich vorher mit meinem damaligen Amtsvorgänger, Herrn Dr. Sabelum, darüber ver-

einigt hatte, mit fortgesetzten Verhandlungen zur sofortigen Realisierung sämtlicher Vermögensgegenstände, wogu selbstverständlich auch die ausländischen Wertpapiere gehören, und wegen anderer einschneidender finanzieller Maßnahmen an das Reichsdachamt gewandt. Es wiederholte Versuche des preussischen Finanzministeriums, zu Entscheidungen in dieser hochwichtigen Angelegenheit zu kommen, ist nichts geschehen und nach wie vor liegt das wichtige Reichsdachamt in den Händen eines Bürgerlichen ohne die Kontrolle eines Sozialisten. Die preussische Finanzverwaltung konnte diese Frage nicht regeln, da es sich bei der ganzen Materie um eine Reichsangelegenheit handelt. Ich habe aber — noch während meiner Amtstätigkeit und auch später — in verschiedenen Publikationen auf die unbegründete Unterlassungssünden auf diesem Gebiete hingewiesen. Ihr Vorwurf gegen meine Parteifreunde „Gause, Tillmann, Barth, Breitscheid, Rosenfeld“ ist unberechtigt, da keiner der Genannten mit der Regelung von Finanzfragen zu tun hatte. Ich habe von meinem Posten aus versucht, meinen Einfluß nach Möglichkeit geltend zu machen.

Das Lod'pige'we'en.

Vor dem Reichsjustizgericht wurde am 22. April über die Schußhaft des Genossen Stern und anderer verhandelt. Die Schußhaft wurde aufgehoben und den Verhafteten eine Freischußung anerkannt. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß die Jugendlichkeit und die Beitragszahlung zur kommunistischen Partei die Schußhaft nicht begründen, daß vielmehr eine Betätigung für die Zwecke der Partei hinzukommen muß. Erst diese begründe eine Gefahr für die Sicherheit des Reichs. Die Stellung eines Funktionärs in der kommunistischen Partei ist V. penig zu diesem Zwecke oder aber auch irgendeine Werbetätigkeit für dieselbe. Von besonderem Interesse bei der Verhandlung war der Junge Unteroffizier Kurt Nowald vom Freiwilligenregiment Cven. Auf dessen Anfrage hin waren Stern und andere Genossen und Genossinnen erschienen. Er sagte sich aus, daß er im Nachrichtenbüro des Regiments Cven stehe und in dessen Auftrage sich als Mitglied der kommunistischen Partei habe aufnehmen lassen und an deren Versammlungen teilgenommen habe. Von dem Genossen Stern und den anderen konnte er aber nichts belunden, als daß sie an einer Versammlung in der Wirtschaft Lüchowitz in Berlin teilgenommen, aber weder geredet noch sonst eine Tätigkeit für die Partei entfaltet hätten. Das Gericht hob deshalb aus den angegebenen Gründen die Schußhaft auf.

Was diesem Grochbericht besondere Bedeutung verleiht, ist die vor dem Gericht erhärtete Tatsache, daß der Junge Unteroffizier Kurt Nowald im Auftrage des Nachrichtenbüros des Regiments Cven in die kommunistische Partei eintrat, um dort Spionagedienste zu verrichten. Wir wissen, daß noch eine Reihe anderer Personen im Auftrage der verschiedenen Nachrichtenstellen der Freiwilligen-Korps, deren Stellung im Korps & Militärkonzentriert ist, sich als Lockspindel an betätigten haben. Wenn diese Juristen und ihre hohen Auftraggeber glauben, die Arbeiterklasse für ihre unlauberen Zwecke mißzubrauchen zu können, so täuschen sie sich. Die in Betracht kommenden Stellen sind aewart und die Salunken, die sich an Lockspindeln herabgeben, werden bei der Ausübung ihres verbrecherischen Handwerks noch manche Ueberrachuna erleben.

Sabotage des Bürgerturns.

Der Preussische Minister des Innern hat den Nationalsozialistischen Koppenbrink zum Kommissarischen Vorkämpfer für den Kreis Purbia (Westpreußen) ernannt. Gegen diese Ernennung wird von allen Seiten Sturm gelassen. Sowohl der Oberpräsident wie auch der Regierungsrat haben gegen die Ernennung bei der Regierung protestiert. Das Bürgerturn geht sogar zur offenen Sabotage über, wie aus folgendem Bericht des „Lafalanciers“ hervorgeht:

Das Amtsgericht gibt bekannt, daß als Protest gegen die Ernennung des Koppenbrink geschlossen werde und nur die ablehnendsten Urteile Erledigung finden sollen. Mehrere Vereine werden auf den Anordnungen des neuen Landrats nicht Folge zu leisten.

Die Ruhehüter der alten Ordnung wissen zu gut, welche trefflichen Stützen sie in den unsterblichen Landräten hatten. Nun scheuen sie selbst vor dem Mittel des Terror nicht zurück, um dieser Stützen nicht verlustig zu geben.

Die Auflösung des Hauptquartiers.

Die „V. B. N.“ melden: Die „Vossische Zeitung“ brachte in ihrer Donnerstag-Ausgabe die Nachricht einer Korrespondenz, dahingehend, daß das Große Hauptquartier Anfangs Juli aufgelöst werden würde. Diese Nachricht ist falsch. Wie die „V. B. N.“ an unabhängiger Stelle erfahren, wird das Große Hauptquartier höchstens demnächst von sich aus seine Auflösung beantragen, da seine Weiterexistenz in Anbetracht des Umstandes, daß die Kriegshandlungen ihr Ende erreicht haben, nicht mehr von Nutzen ist.

Es wäre besser gewesen, wenn das Große Hauptquartier schon im November „von sich aus“ an der Auflösung gekommen wäre, daß seine Weiterexistenz überflüssig ist. Dadurch wären dem deutschen Volke nicht nur große finanzielle Ausgaben erspart geblieben, sondern wir hätten auch den ganzen Himmel des Unheils nicht gehabt, der vom Großen Hauptquartier aus, nachdem es nach Kolberg verlegt worden war, injiziert wurde.

Ein Blutbad unter russischen Kriegsgefangenen.

Parthim, 24. April. (W. T. V.) Im Gefangenenlager meurenten heute vormittag die russischen Kriegsgefangenen, die sich den Anordnungen der Lagerbehörden widersetzen und weder durch das deutsche Personal, noch durch die russische Disziplinäre zur Vernunft gebracht werden konnten, einzelne der Meurerer zu Tötungsteilen übergeben. Eröffnete die inzwischen angeordnete Bewachungsgruppe das Feuer. Erst 17 Russen wurden erschossen und 17 verwundet, darunter neun schwer. Die Ruhe war in kurzer Zeit wiederhergestellt.

Wir beachten die stärksten Zweifel, ob die Ereignisse im Lager Parthim sich tatsächlich so abgetragen haben, wie sie halbamtlich geschildert werden. Es muß festgestellt werden, ob die „Tätlichkeiten“ einzelner Gefangener waren

Maifeier in Groß-Berlin.

Die vom Verband sozialdemokratischer Wahlvereine S. P. D. Groß-Berlin zu veranstaltende Maifeier findet am Sonntag, den 11. Mai durch große Demonstrationen...

Die Erregung unter den Kriegsbeschädigten.

Am 15. Januar 1919 ging dieser Verordnung im U. B. Bl. Nr. 6, Seite 43, voraus über Geldleistungen für Freiwillige im Grenzschutz, die unter B II...

Am 11. Januar 1919 erschien der erste Aufruf der Revolutionären Arbeiterpartei Deutschlands zur Maifeier...

Am 11. Januar 1919 erschien der erste Aufruf der Revolutionären Arbeiterpartei Deutschlands zur Maifeier...

Am 11. Januar 1919 erschien der erste Aufruf der Revolutionären Arbeiterpartei Deutschlands zur Maifeier...

Am 11. Januar 1919 erschien der erste Aufruf der Revolutionären Arbeiterpartei Deutschlands zur Maifeier...

Am 11. Januar 1919 erschien der erste Aufruf der Revolutionären Arbeiterpartei Deutschlands zur Maifeier...

Am 11. Januar 1919 erschien der erste Aufruf der Revolutionären Arbeiterpartei Deutschlands zur Maifeier...

friedenheit haben. Besonders hart wird es empfunden, daß der einzelne, sobald er aus dem Lazarett herauskommt, seinen menschenwürdigen Anzug und seine wasserdichten Stiefel erhält, während die Freiwilligen nur in neuen Sachen herumlaufen.

Vom Wichon-Krankenhaus sprach ich einen Kameraden mit einem Bein, der mir sagte, daß man dort beobachtet, die ganzen Schwerverwundeten in den 3. Stock einer Schule zu verlegen und daß das Lazarett aufgelöst werden sollte.

Reichstongreß der Eisenbahnarbeiterräte Deutschlands.

Der zweite Tag der Konferenz begann gestern vormittag mit dem 3. Punkt der Tagesordnung:

Räteystem und Gewerkschaften.

Als erster Referent erhielt Eduard Bernstein das Wort. Der Redner gab einleitend einen historischen Rückblick auf die Anfänge der Arbeiterbewegung in Rußland.

Die einzig mögliche Gewinnbeteiligung der Arbeiter sei der Tarif; sie zu Herren des Betriebes machen, heiße den Kern des Wirtschaftsliebens töten.

Die Gewerkschaftspolitik der Tarifverträge werde heute allgemein bekämpft. Daß sie in normalen Zeiten das richtige war, werde niemand bestreiten wollen.

Steigerung der Löhne sei gebunden an die Steigerung der Produktion. Steigerung der Macht der Arbeiter, Steigerung der Produktion, das seien die Mittel auf dem Wege zum Sozialismus.

Genosse Däumig erhielt dann das Wort zu seinem Referat. Er wies darauf hin, daß Genosse Bernstein in einer Versammlung von Arbeiterräten gesprochen habe.

Am Donnerstag, den 1. Mai 1919 erscheint erstmalig in unserem Verlage: Die freie Welt. Illustrierte Wochenschrift der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands.

lung. Aber auch in England sei der Krieg an der Arbeiterklasse nicht spurlos vorübergegangen. Sie schafften sich Arbeiterräte in der Form der Shop stewards.

Die Unvollkommenheit der Arbeiterräte in Deutschland müsse zugegeben werden. Zu berücksichtigen sei aber die Rätebewegung der ersten sozialistischen Regierung.

Der Redner ging dann auf die näheren Beziehungen des Räteystems zu den Gewerkschaften ein. Die Bedeutung der Gewerkschaften anerkennd, sei es doch nicht ihre Aufgabe gewesen, den Kapitalismus zu beseitigen.

Die Konferenz beschloß, von einer Diskussion der Referate abzusehen. Der Vortrag des Genossen Däumig soll als Beschluss herausgegeben werden.

Kollege Ulrich, Berlin erstattet den Bericht der Reuenerkommission, die eingesetzt war, um die

Nichtlinien für das Räteystem bei den Deutschen Staats- und Privatbahnen neu zu formulieren. In diesen Richtlinien wird das volle Kontroll- und Mitbestimmungsrecht über alle Verwaltungsbereiche bis zur restlosen Ueberführung der Gesamtverwaltung in die Hände der von den Arbeitern und Angestellten gewählten Vertretungspersonen gefordert.

Kollege Ulrich gab dann im Namen der Reuenerkommission folgende Erklärung ab: Die Reuenerkommission empfiehlt die Richtlinien in der nunmehr vorliegenden Form unverändert anzunehmen.

In der Nachmittags Sitzung kamen verschiedene Anträge zur Beratung und Abstimmung. So wurde ein Antrag der Berliner Delegierten, den Eisenbahnbetrieb am 1. Mai restlos einzustellen, mit 84 gegen 20 Stimmen abgelehnt.

Kollege Hausschild als Gast macht darauf der Konferenz Mitteilung von einem Kriegsverbrecherprozess gegen vier Kollegen des Eisenbahnerverbandes, die am 4. März im Interesse der Arbeiterklasse gestreikt haben.

Nach einer solchen eingegangenen Meldung hat das Kreisgericht in Mosbit vier Eisenbahner wegen Streikvergehen zu 8 und 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Nachdem wurde beschlossen, Begrüßungsprogramme an die Eisenbahner des besetzten Gebietes zu Händen der Eisenbahndirektion Ebn und an die Eisenbahner Europas zur Bekundung internationaler Solidarität zu übersenden.

Zu stürmischen Kundgebungen der zahlreich erschienenen Mäße und Tribünenbesucher kam es, als die Konferenz es abschloß, eine Deputation der Berliner Werkstättenarbeiter anzuhaben, die eine Reihe Forderungen in Bezug auf das Räteystem, auf die Maifeier und auf die Zusammenarbeit mit Angehörigen der Freiwilligenkorps der Konferenz unterbreiten wollte.

Die Wahl des siebenköpfigen Zentralrates, die in geheimer Abstimmung vorgenommen wurde, ergab folgenden Resultat: es wurden gewählt: Hertel, Frankfurt a. M., Menckhoff, Berlin, Wildt, Radeburg, Fischer, Berlin, Voerman, Danzig, Fisch, Hamburg und Michaelis, Münster.

Die Verhandlung wurde darauf auf Freitag vormittag 12 Uhr beendet.

Gewerkschaftliches.

Zur Schließung der Spandauer Seeresbetriebe.

Wir erhalten nachstehende Zuschrift:

In Ihrer Nr. 193, Morgenausgabe vom 23. April 1919, schreiben Sie zur Schließung der Spandauer Seeresbetriebe: „Die Arbeiter schließen die Schuld (an der Vergütung der Kohstoffe) den unfähigen militärischen Personen zu, deren Beseitigung sie schon vor langer Zeit gefordert haben, und an deren Stelle sie tüchtige Techniker, Ingenieure und Kaufleute wünschen.“ Die Anknüpfung der militärischen Personen ist ebenso falsch wie Ihre Nachricht von dem Verlauf der Verhältnisse an Privatunternehmer. Die Kohstoffe werden in den Betrieben verarbeitet, und die Leitung der Betriebe liegt in der Hand von Ingenieuren; die militärischen Personen haben nichts damit zu tun. Verantwortlich für die Verarbeitung von Kohstoffen sind aber in erster Linie die Arbeiter, die ihre Mitbestimmungsrechte auch in dieser Beziehung nachdrücklich geltend gemacht haben.

Tatsächlich sind Kohstoffe, wie z. B. Leder und Stahlbleche, in Fabriken verarbeitet worden, die besser aus geringerem Material oder überhaupt nicht hätten gefertigt werden sollen. Es ist das aber mangels anderer Kohstoffe nur geschehen, um die Arbeiter beschäftigen zu können. Andernfalls hätte die Entlassung von etwa 30 000 Arbeitern schon im November erfolgen müssen, weil die Arbeiter sich ausdrücklich weigerten, die genügend vorhandene Arbeit an Seeresgeräten (Instandsetzungen beschädigter und zerlegter halbfertiger Fabrikate) fortzusetzen.

Wille,

Major und Direktor in der Artilleriewerkstatt Nord.

Wie aus den letzten Sätzen dieser Zuschrift hervorgeht, ist tatsächlich Rohmaterial vergedet worden. Die Arbeiter werfen die Schuld daran auf die militärische Leitung, diese weist sie zurück und macht die Arbeiter für mitverantwortlich. Es wird vielleicht auch eine Aufgabe der zu bildenden Kommission sein, hierüber eine Klarstellung herbeizuführen.

Beendigung des Rohrlegerstreiks.

In einer stark besuchten Branchenversammlung der Rohrleger und Helfer, die gestern vormittag im Gewerkschaftshaus stattfand, wurde der Bericht der Streikleitung über die Verhandlungen zur Schließung eines neuen Lohnarbeits entgegengenommen. Diefelbe gab Bericht über den Gang der Verhandlungen. Nachdem vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts eine Verhandlung unmöglich wurde, traten die Unternehmer an die Streikleitung mit dem Ersuchen heran, die Verhandlungen in der Schlichtungskommission zu führen, die eigentlich mit Ablauf des alten Tarifs nicht mehr bestand. In der Schlichtungskommission wurden nun die Bestimmungen des Lohnarbeits wie folgt abgeändert:

Der Arbeitslohn beträgt für Rohrleger 2,75 RM, für Junggefellene 2,60, für Beizlinge 2,50 und für Helfer 2,40 RM. Die Arbeitszeit ist eine 40 1/2 stündige. Bei wöchentlich verminderter Arbeit und im Winter wird die Regelung der Arbeitszeit dergestalt gehandhabt, daß die Arbeiter-Ausschüsse die Arbeitszeit verkürzen. Wo keine Einigung möglich ist, entscheidet die Schlichtungskommission.

Bei der Regelung der Bezahlung der Nebenstunden fanden den Forderungen der Streikleitung die Hamburger Beschlüsse entgegen, die erheblich unter diese Vorschläge heruntergegangen waren. Es wurden festgesetzt: für die 8 bis 10. Stunde ein Zuschlag von 25 Proz., über die 10. Stunde von 50 Proz., in den drei Ferien und an Neujahr ein Zuschlag von 100 Proz. Für schmutzige Arbeiten werden Zuschläge von 25 Proz. und 50 Proz. gezahlt, außerdem wurde hier noch eine neue Bestimmung, aufgenommen, nach der außerordentlich schmutzige Arbeiten mit über 50 Proz. Zuschlag zu bezahlen sind. Darüber, was als schmutzige Arbeiten anzusehen sind, entscheidet die Vertrauensmännerkommission; erfolgt keine Einigung, die Schlichtungskommission.

Die Entschädigungen für Kohrgeld und Fahrzeit wurden so geregelt, daß über ein Kilometer außerhalb der Wohnungsgrenze besondere Entschädigungen gezahlt werden. Fahrregelungen dürfen wegen Beteiligung an der Lohnbewegung nicht ausgesprochen werden. Ferien konnten nicht durchgedrückt werden. Die Vertragsbindung wurde wieder auf den 1. Oktober festgesetzt, so daß die jetzige Regelung bis 1. Oktober 1919 geht.

Die Streikleitung empfiehlt die Annahme des neuen Tarifs, und die allgemeine Arbeitsaufnahme für Montag. In der Diskussion wurde im allgemeinen trotz mancher Ausstellungen dem Tarif zugestimmt. Seine Annahme erfolgte dann auch sehr einstimmig; ebenso beschloß die Versammlung einig und geschlossen am Montag die Arbeit wieder aufzunehmen.

In einer Resolution wurde den Baurohrlegern und Helfern höchste Sympathie ausgesprochen.

Professoerversammlung der Zivilangestellten.

In den meisten Räumen des Sportpalastes fand Donnerstag eine Vollversammlung sämtlicher zivilangestellter der Seeresbetriebe, Behörden, Kemler und Militärinstitute des III. A. R. und des Gardeforps statt, zu der auch die Vertreter der Regierung und der Presse geladen waren, die sich zu einer großen Protestkundgebung gegen die beabsichtigte Massenentlassung der Zivilangestellten und gegen die Einstellung von Kapitulanten und Militärpersonen an Stelle der zu entlassenen Angestellten schickten. Einberufen der sehr gut besuchten Versammlung war ein sogenannter 1. A. R. Ausschuss, dessen Rechtmäßigkeit noch sehr der Mäßigkeit bedarf. Das einleitende Referat hielt Herr Meda von Wolff, der 1. Vorsitzende dieses Ausschusses, der sich bemühte, den Versammelten seine später eingebrachte allgemein als konvergierende Resolution schmählich zu machen. Als in der Diskussion Genosse Duhly vom Zentralverband der Handlungsgehilfen an den völlig unzulässigen Forderungen des Verzechnen Ausschusses über wollte, wurde er durch die indifferente Publizität durch Rohlen und Pfeifen am Sprechen verhindert. Ebenso erging es einem Vertreter der Spandauer Angestellten, in dessen viel weitergehender Resolution vor allem auf das Mitbestimmungsrecht der Angestelltenausschüsse bei voll erfolgenden Entlassungen hingewiesen wurde. Dieser Redner empfahl als letztes Mittel bei Versagen aller Einigungsversuche den Generalstreik. Nachdem man anfänglich diesen Ausführungen viel Aufmerksamkeit schenkte, wurde man durch die Redner am Schluß der Versammlung durch Rohlen und Pfeifen am Reden.

In überhasteter Eile nahm dann der famose Versammlungsleiter die Abstimmung vor, in der die Resolution Blumensagen angenommen wurde.

Um den drohenden Protesten sich um die Rednertribüne scharfer Versammlungsteilnehmer zu erhöhen, erklärte der verdinglichte Vorsitzende die Versammlung für geschlossen.

In der gestrigen Ob- und Vertrauensmännerversammlung der Hilfskräfte des Magistrats Berlin wurde von der am 18. d. M. von der in der Massenversammlung im Circus Reich eingeschickten Verhandlungskommission Bericht über den derzeitigen Stand der Verhandlungen über die Forderungen gegeben. Der Magistrat hat eine entscheidende Aufgabe durch seine verhandlungsberechtigten

Vertreter trotz des gestrigen und insofern abgeklärten Zustandes nicht erteilt. Ferner kommen die Gegenüberläge seitens des Magistrats den gestellten Forderungen nicht nach. Daher wurde einstimmig beschlossen, sofort den Schlichtungsausschuss anzurufen und die ursprünglichen Forderungen aufrecht zu erhalten.

Die freigewerkschaftlich organisierten Angestellten aller Kriegsorganisations werden in einem und zugegangenen Aufruf des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und des Verbandes der Bureauangestellten darauf aufmerksam gemacht, daß die in diesen Tagen in den verschiedenen Betrieben der Groß-Berliner Kriegsorganisations in Umlauf gebrachten Sammelkarten in keinerlei Verbindung mit diesen Gewerkschaften stehen. Differenzen im Arbeitsverhältnis, Kündigungen oder sonstige Entlassungen müssen sofort den Verbänden mitgeteilt werden, damit sie gegebenenfalls eingreifen können.

Chemische Industrie. Der Verband der Fabrikarbeiter schreibt uns mit Bezug auf die in der Abendnummer vom Dienstag unter der Rubrik „Gewerkschaftliches“ von und gebrochene Kohle, wonach die Obleute der chemischen Industrie und verwandter Branchen, zu einer am Freitag abend 7 Uhr im Viktor-Bräu, Friedrichstraße, stattfindenden Generalversammlung geladen werden, daß er, die anerkannt zuständige Organisation für die chemische Industrie, zu dieser Zusammenkunft nicht geladen hat, und ersucht er alle seine Funktionäre dieser Veranstaltung fern zu bleiben.

Deutscher Bauarbeiterverband (Zweigverein Berlin). Freitag vormittag 10 Uhr in den Konordia-Beständen, Andreasstr. 64. Versammlung der Streikenden. Bericht von den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss. Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Kollegen und Kolleginnen des Feuerwerk-Laboratoriums Spandau! Lokale für Auskünfte sind folgende: Kohlen-Charlottenburg; Kaiserin-Augusta-Straße 8, Lokal Banz; Wedding und Gesundbrunnen: Brunnenstr. 101, Lokal Riez; Osten: Königberger Straße 56, Lokal Spitz; Neukölln: Belfortstr. 137, Lokal Bergmann; Spandau: Joltenhagenstraße 1, Lokal Ferner. — Betriebsversammlung Sonnabend, den 26. April, vormittags 10 Uhr, in Berlin, Chausseestr. 110 in den Germania-Sälen.

Geschäftsbüro Spandau. Lohnzahlung heute (Freitag) 1 Uhr an den bekannten Stellen. Anschließend Betriebsversammlung.

Gublerfabrik Spandau. Heute mittag um 12 1/2 Uhr Lohnzahlung in den Gewerken in bisheriger Weise. Anschließend daran findet um 2 Uhr eine Betriebsversammlung bei Weidner, Sternstraße bei Spandau, statt.

Kunstofffabrik Spandau. Die Lohnzahlung findet Sonnabend vormittag 9 Uhr statt.

Groß-Berlin.

Sechster Kreis.

Wir bitten sämtliche Abonnenten aus der Helldorfer Ihre Adresse umgehend dem Genossen Max Bergbauer, Seidenstr. 34, mittels Postkarte bekannt zu geben. Vom 1. Mai an wird die Zeitung nicht mehr durch die Post besorgt, sondern 2mal täglich ins Haus gebracht werden. Wir bitten daher die Abonnenten bei der Post nicht mehr zu bestellen.

Verlag „Freiheit“, e. G. m. b. H.

Die Letzten der „Vorwärtsbefragung“.

Die letzten Anlagen, die bei der Strafkammer gegen Teilnehmer an der Befragung des „Vorwärts“-Gebäudes im Januar erhoben waren, wurden gestern vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I verhandelt, während die früheren Verhandlungen in dieser Angelegenheit vor der 9. Strafkammer stattfanden.

Angeklagt waren die Teilnehmer der Befragung Schlemmer, Heise, Wege, Rube, Rasso, Schopfmeyer und Klimek. Sämtliche Angeklagten bestritten, sich am Kampf beteiligt zu haben. Klimek war Kurier zwischen „Vorwärts“ und „Rosa-Luxemburg“, Wege stand einmal zwei Stunden Wachen, Schopfmeyer war an der Eingangskontrolle tätig, Heise wurde als Rasenreparateur verwannt, und Rube und Rasso galten als Referendarmannschaften.

„Vorwärts“-Redakteur Kuttner, der als Zeuge vernommen wurde, schildert seine Eindrücke nach der Wiedereroberung des „Vorwärts“ und erklärt auf eine Frage des Verteidigers Dr. Weinberg, er halte es nicht für wahrscheinlich, daß die meisten der festgestellten Sachbeschädigungen im Gebäude von Regierungssoldaten betrüben könnten. Waffen und Munition sind seit der Revolution stets im „Vorwärts“-Gebäude aufbewahrt gewesen. Daß Kuttner auch an der Bildung „bewaffneter Haufen“ mitgewirkt hat, wurde ihm von der Verteidigung ebenfalls wieder vorgehalten.

Eine Anteilnahme der Angeklagten am Kampf wurde durch die Weisungsaufnahme nicht festgestellt. Der Staatsanwalt enttäuschte sich darüber, daß durch die Befragung des „Vorwärts“ eine Unterdrückung der Pressefreiheit vorgekommen wäre, die doch in revolutionären Zeiten ganz besonders geschützt werden muß. Er beantragte Gefängnisstrafen in Höhe von 6 bis 10 Monaten.

Der Verteidiger Dr. Weinberg bestritt, daß es sich bei dem Kampf um den „Vorwärts“ um einen Kampf gegen die Staatsgewalt handelte. Es sei vielmehr eine Episode aus den Kämpfen der Parteien um die Staatsgewalt. In Bremen ist es sogar vorgekommen, daß sich zwei Staatsgewalten bekämpften, nämlich die Regierung Bremens und die Reichsregierung. Darum kann man auch in den Januar-Kämpfen keine Verbrechen gegen eine bestimmte Staatsgewalt erblicken. Da in der damaligen Zeit sich jeder für befugt hielt, zu den Waffen zu greifen, habe den Angeklagten zum mindesten das Bewußtsein einer straflosen Handlung gefehlt und beantragte er die Freisprechung. Die Verteidiger Klepner und Dr. Herzfeld wiesen noch darauf hin, daß die jetzige Regierung auch nicht die Verfreiheit garantiert und Anordnungen der Presse noch immer durchführt. Daß die Sachbeschädigungen im „Vorwärts“-Gebäude auch von Regierungstruppen betrüben können, beweise der jetzige Zustand des Reichstagsgebäudes.

Das Gericht verurteilte Klimek zu neun Monaten, Schlemmer und Rasso zu acht Monaten, Schopfmeyer, Wege und Rube zu je sieben Monaten Gefängnis. Die erstliche Untersuchungshaft wurde angerechnet und die Angeklagten aus der Haft entlassen.

Wieder zwei Opfer der Märzunruhen.

Aus der Spree gelandet wurden gestern wieder zwei unbekannte Männer, die ohne Zweifel auch Opfer der Märzunruhen geworden sind. An der Stralauer Brücke fand man die Leiche eines Mannes von 35 bis 40 Jahren. Trotz fortgeschrittener Verwesung ist noch zu erkennen, daß der Mann einen Bauchschuß erhalten hat. Er ist 1,81 Meter groß, hat einen blonden Schnurrbart und trug eine selbstgegraute Militärhose und ein Wandstiefchen. Ein besonderes Kennzeichen, das wohl zur Feststellung der Persönlichkeits führen wird, sind mehrere Tätowierungen: auf dem rechten Unterarm eine nackte Frauengestalt mit Schlange, auf einer Hand eine nackte Frauengestalt mit Schlange, auf dem linken Unterarm einen Anker mit Tross und eine Amorette mit Stern und die Buchstaben D. H. 1883, am Handgelenk ein Kramband mit einem Detonationskörper.

Am Gröbenufer wurde ein junger Mann von 25 Jahren geborgen. Er ist 1,82 Meter groß und trug sehr dunkle Haare mit Wellenlocken. Von den beiden Totenschilfern, die sich befinden, ist das eine B. G., das andere A. gezeichnet.

Kommunale Arbeiterräte des Kreises Teltow (M. G.). Freitag, nachmittags 4 Uhr. Sitzung im Lokal von Frau H. Kirchhoffstr. 41. Wahl von Genossen zum Ausschuss. Um bestimmtes und pünktliches Erscheinen wird gebittet.

Erhöhung des Kokspreises.

Die Kohlenstelle Groß-Berlin hat die Kohlenpreise in Höhe der am 1. April d. J. in Kraft getretenen Erhöhung der Preislage auf sämtliche bisherige Kokspreise einen Zuschlag von 40 Pf. je Zentner zu fordern. Diese Zuschläge dürfen für ab 1. April ausgeführten Kokslieferungen in Rechnung werden.

Die Freie Turnerische Gruppe Berlin bezieht sich bei dem Verein nicht abgesplitterte Gruppe. Sie sendet und hat den Vorsitzenden Stämm eine Zuschrift über die Gründe der Abspaltung. Nicht weil die Mehrheitssozialisten nicht in dem Vorstand gewählt worden seien, wären sie ihrer Gruppe, sondern weil ein ausdrücklicher Antrag angenommen wurde nur Mitglieder der U. S. V. D. und A. B. in den Vorstand wählen. Wegen diesen Antrag, der zwei Klassen gliedern schafft, seien sowohl große Teile der Gruppe wie der U. S. V. D., ferner der Vereinsvorsitzende Anton Bundesvorsitzender des Arbeiter-Turnerbundes aufgetreten die lediglich als Protest neugegründete Freie Turnerische Gruppe in Berlin solle sich sowohl als unabhängigen Verein als auch als sozialistische Gruppe, die auf dem Standpunkt der Arbeit des Proletariats stehen. Eine Wiedervereinigung der Arbeiterturner in Berlin könne sofort erfolgen, wenn der Antrag ausgehen werde.

Die vorstehende Darlegung kann die Wertschätzung der Gruppe eines neuen Vereines nicht rechtfertigen. Die Gruppe für sich hält, hat das Recht, für Aufhebung der Gruppe zu kämpfen, das aber nur innerhalb des Vereins, nicht der Gründung. Das entspricht der Demokratie, von der die heilsozialistischen und der schnoddrige „Vorwärts“ leben.

Wittmann. Die am 3. April entlassenen Köpfer-Perator-Motorenwerke (früher „Cullop“) werden erst nachmittags 4 Uhr im Lokal von Eberhardt, Wittmannstraße, erscheinen.

Sozialistischer Lehrerverein Groß-Berlin. Freitag, 6 1/2 Uhr, pünktlich, großer Saal, Lehrervereinshaus, Besprechung des Referates: Religionsunterricht im Volksschulunterricht unbedingt notwendig.

Sozialist. Studenten-Partei. Statt des ausgetragenen vorzuges Freitag abend 1/8 Uhr: Hr. Windelmann, Schul- und Schule.

Arbeiter-Samaritaner-Bund, Kassone Groß-Berlin. Freitag, 11. Ubr. Neukölln, Weichselstraße 8, Freitag, abends 7 1/2 Uhr, Vortrag und Liederkunde. Gäste willkommen. Freies Zutritt. — Mittwoch, Reichstr. 18, Mittwochs-Vorträge des 1. Mai Dienstausstellung. Jedes Mitglied ist zu erscheinen.

Treptom-Baumhofenweg. Heute, nachmittags 6 Uhr, im Gemeindefesthaus, Schiffsanah, Stellungnahme der Arbeiterräte.

Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen. Freitag, abends 7 Uhr, im Lokal zur Grünauer Str. 14, Bezirksversammlung.

Lebensmittellieferanten.

Fankom. In dieser Woche ist die Lieferung von fallende Fleischmenge auf 200 Gramm festgesetzt. Die ersten Fleischstücke gelangen zum größten Teil in die Haushalte der Arbeiter. Der Preis für 100 Gramm Fleisch beträgt 70 Pf. — Von Sonnabend ab werden in den bekannten Abtrennung des Bezugs- und Qualitätsabstufungen in gemeinsamen Lebensmittelkarte 100 Gramm Fleisch zum Preis von 70 Pf. abgegeben.

Spandau. Als Ersatz für die gekürzte Kartoffellieferung Abtrennung der Abkürzung 13 und 14 der Kartoffellieferung (s. l. vom 21. bis 27. April) insgesamt 200 Gramm Fleisch (s. l. vom 21. bis 27. April) insgesamt 200 Gramm Fleisch, den einschlägigen Geschäften ausgegeben. Militärpersonen, die gleiche Menge gegen Abtrennung der Abkürzung 13 und 14 der Kartoffellieferung. Die Arbeiter verlieren mit Ablauf des Monats die Möglichkeit und sind getrennt von den übrigen Lebensmittelkarten gebührend am 2. und 3. Mai im Zimmer 407 der Arbeitervereinsverwaltung für Geldlose, die nicht abzuliefern. Bezugscheine für Geldlose, die nicht abzuliefern, bestanden nicht auskommen, sind im Zimmer 407 der Arbeitervereinsverwaltung gegen Vorlage des Beschlusses der Arbeitervereinsverwaltung ohne ärztliches Attest verkaufbar. — In den Geschäften sind noch Hüllfrüchte gegen Abtrennung von 10 Pf. Lebensmittelkarte zu haben. — Von Freitag, den 25. d. M., ab amerikanische Mehl zur Verteilung und zwar 200 Gramm Mehl (vom 14. April bis 27. April) 1 Pfund auf den Kopf pro Woche. Gegen Abtrennung der Arbeiter 1 Pfund pro Woche kann je 1 Pfund auf jede Karte, also 1 Pfund pro Woche 2,18 M. je Pfund abgenommen werden. Schiffer erhalten Menge dieses Mehles gegen Abtrennung des Lebensmittelkarte, Zeit vom 14. bis 27. d. M. geltenden Lebensmittelkarte.

Wittmann. Es gelangen zur Verteilung an die Arbeiter 200 Gramm Weizenmehl, 150 Gramm Graupen und 100 Gramm Reis.

Rommes. In der Zeit vom 25. bis 28. d. M. erfolgte neue Erteilung von Lebensmittelkarten. Gleichzeitig findet eine neue Kundenerhebung statt. Die Anmeldung zur Kundenerhebung spätestens Mittwoch, den 30. d. M., zu erfolgen.

Nus den Organisationen.

Wester Kreis. (Jugend-Section.) Freitag, abends 7 Uhr, Zusammenkunft bei Schmidt, Frankfurter Allee 1, zur Organisationsarbeit.

Fünfter Kreis, 1. Abteilung. Freitag, abends 7 Uhr, Zusammenkunft bei Witz, Friedrichsberger Str. 1 (am Kreuzweg).

Sechster Kreis, 6. Abteilung. Freitag, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung in der Schulaula, Schönhafer Allee 1, abends 7 Uhr, bitte mitkommen.

Sechster Kreis, 2. Abteilung. Freitag, abends 7 Uhr, Berliner, Brunnenstr. 140, Mitgliederversammlung, von der Generalsekretariat.

Spandau. Die Genossen werden auf den heute abend im Stadttheater stattfindenden Vortrag des Gen. Hans Böttcher aufmerksam gemacht. Die nach vorhaben ist, sind bei allen Funktionären, in den Verkaufsstellen der Genossenschaft, in der Freieitposition und an der Arbeit zu haben.

Hohen-Neuendorf. Freitag abend 8 Uhr, abends 8 Uhr, im Lokal (Kegel, Stützungsstelle zu den Kreisorganisationen) Einweihung des Denkmals des erschlagenen Genossen Böttcher.

Marienfelde. Heute, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung, Berlin, Brunnenstr. 140, Mitgliederversammlung, von der Generalsekretariat.

Städtischer Kaffeehaus-Vortrag des Gen. Hans Böttcher, einmal aufmerksam gemacht. Die nach vorhaben ist, sind bei allen Funktionären, in den Verkaufsstellen der Genossenschaft, in der Freieitposition und an der Arbeit zu haben.